NPD

Sitz / Verbreitung	Sitz des Bundesverbandes: Berlin; Sitz des Landesverbandes: Essen
Gründung / Bestehen seit	1964 (Bundes und Landesverband NRW)
Struktur / Repräsentanz	Bundesvorsitzender: Frank Franz (2014); Landesvorsitzender: Claus Cremer (seit Juni 2008); wenige handlungsfähige Kreisverbände; insgesamt 17 Rats- und Bezirksvertretungsmandate in Nordrhein-Westfalen
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2015	Bund: ca. 5.200 ➡ NRW: ca. 600 ➡
Veröffentlichungen	Publikationen: Zeitung des Bundesverbandes **Deutsche Stimme (DS)** (monatlich) als Printversion; Online-Zeitschrift des Landesverband **Blickpunkt** (quartalsweise); diverse lokale Publikationen einzelner Kreisverbände (meist unregelmäßig) Web-Angebote: mit den Seiten **NPD**.de oder **NPD**-nrw.de nahezu flächendeckend eigene Webseiten auf allen organisatorischen Ebenen sowie in den sozialen Netzwerken
Kurzportrait / Ziele	Die **Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)** ist eine rechtsextremistische Partei, die die Demokratie in Deutschland beseitigen will und stattdessen für eine rassistische, antisemitische, revisionistische und fremdenfeindliche Ideologie eintritt. Vielfach bezieht sich die Partei dabei auf die Ideologie der NSDAP. Die Partei verfolgt ihre verfassungsfeindlichen Ziele dabei auch in einer aggressiv-kämpferischen Weise.
Finanzierung	Staatliche Parteienfinanzierung, Mitgliedsbeiträge und Spenden

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Die **NPD** lehnt die freiheitliche Demokratie in Deutschland ab und will diese beseitigen. Dies betrifft auch einzelne wesentliche Prinzipien und Grundwerte unserer Verfassung. So negiert die Partei die im Grundgesetz vertretene Idee, dass jeder Mensch als Individuum und ohne Vorbedingungen eine Würde besitzt. Die **NPD** spricht Menschen nur eine Würde als Teil eines nationalen Kollektivs zu. Die von der **NPD** verfolgten rechtsextremistischen Ziele laufen auf einen autoritären Staat hinaus, in dem die Prinzipien der durch das Grundgesetz garantierten freiheitlichen demokratischen Grundordnung außer Kraft gesetzt werden sollen.

Stattdessen verfolgt die **NPD** eine rechtsextremistische Ideologie, die sich vor allem durch Fremdenfeindlichkeit und Rassismus auszeichnet. Die Ablehnung von Ausländern und Deutschen mit Migrationshintergrund begründet die **NPD** „biologisch“, das heißt, dass sie die Gleichheit aller Menschen als allgemeines Menschenrecht nach Art. 3 des Grundgesetzes ablehnt. Was darunter zu verstehen ist, wird in einem „Fragen und Antworten“-Bereich auf der Homepage der **NPD** erläutert. Dort heißt es zum Beispiel zu den Fragen *„Wer ist denn Deutscher? Was versteht die NPD unter 'Volk'?: [...] Längst ist erwiesen, dass das Erbliche bei Einzelnen wie bei Völkern und Rassen (als evolutionsbiologischen Lebensordnungen verwandter Menschen) gleichermaßen für die Ausbildung körperlicher wie nicht-körperlicher Merkmale verantwortlich ist. Angehörige anderer Rassen bleiben deshalb körperlich, geistig und seelisch immer Fremdkörper, gleich wie lange sie in Deutschland leben […].“*

Neben der allgemeinen Hetze gegen Migranten sind im Berichtsjahr 2015 insbesondere Muslime und Flüchtlinge Opfer der **NPD**-Propaganda. Indem die **NPD** Überfremdungsängste schürt und den Islam mit Islamismus und Terrorismus gleichsetzt, zeichnet die **NPD** ein verzerrtes, negatives Bild der hier lebenden Muslime. In diesem Sinne instrumentalisierte die **NPD** auch die Terroranschläge von Paris am 13. November 2015. So heißt es etwa in einem Post auf der Facebook-Seite des **NPD**-Landesverbandes Nordrhein-Westfalen am 13. November 2015: *„Der Krieg wird in unsere Straßen getragen! #Terror #Paris #Europa #Widerstand #Asylflut."* Dabei stellt sie bewusst einen Zusammenhang zu nach Europa flüchtenden Menschen dar.

Obwohl die **NPD** soziale Themen und eine vermeintliche „Bedrohung durch den Islam" in den Vordergrund rückt, weicht sie auch nicht von ihren „traditionellen" antisemitischen und revisionistischen Positionen ab. Es werden nicht nur plumpe antisemitische Äußerungen wiedergegeben, sondern auch der Holocaust oder die Zahl der Opfer bezweifelt und die Schuld Deutschlands am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges geleugnet. Die **NPD** glorifiziert in Beiträgen der **Deutschen Stimme** den historischen Nationalsozialismus und stellt sich selbst in die Nähe zu rechtskräftig verurteilten Verbrechern des NS-Regimes. Angesichts der vielfachen Bezüge auf die Ideologie der NSDAP gibt es eine inhaltliche Wesensverwandtschaft der **NPD** mit dem Nationalsozialismus.

Die Partei verfolgt ihre verfassungsfeindlichen Ziele auch in einer aggressiv-kämpferischen Weise. Dies zeigt nicht zuletzt ihre Zusammenarbeit mit der gewaltbereiten Neonazi-Szene sowie gewaltbereiten Hooligans.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Die Fremdenfeindlichkeit zeigte sich im Jahr 2015 insbesondere in der Kampagne gegen Asylbewerber, die pauschal als kriminell oder „Sozialschmarotzer" diffamiert wurden. Negative Folgen werden von der **NPD** maßlos übertrieben und Angst sowie Neid gegenüber Asylbewerbern geschürt. So ist auf der Facebook-Seite des Landesverbandes wahlweise von einer „Asylflut", „Asylbetrug", „Asyl- und Überfremdungswahnsinn" die Rede oder Asylbewerber werden als „freche Asylinvasoren" bezeichnet.

Kommunalwahlen 2015

Soweit nicht bei den Kommunalwahlen 2014 Landräte, Oberbürgermeister und Bürgermeister in den Kreisen

und Gemeinden gewählt wurden, fanden diese Wahlen am 13. September 2015 statt.

Die **NPD** trat dabei lediglich in den Städten Bochum (1,3%), Geilenkirchen (1,2%) und Viersen (1,5%) mit eigenen Kandidaten an.

Die NPD in den Kommunalparlamenten

Zwar verfügt die **NPD** über 17 kommunale Mandate, nennenswerte Impulse gehen von ihren Mandatsträgern aber nicht aus. Dies liegt zum einen an einer weitgehenden politischen Isolation der Rechtsextremisten und zum anderen an fehlender Kompetenz der meisten der gewählten **NPD**-Vertreter. Deren Aktivitäten beschränken sich zumeist auf das nur begrenzt öffentlichkeitswirksame Stellen von eigenen Anträgen beziehungsweise Anfragen, die man eher als „Signalanträge“ bezeichnen muss. So fragte beispielsweise der Landesvorsitzende in seiner Funktion als Ratsmitglied in Bochum die Stadtverwaltung im Anschluss an seinen Besuch einer örtlichen Asylunterkunft, nach Details zu den dort untergebrachten Menschen und bezeichnet diese pauschal als „(Schein)Asylanten“ (sic!). Derlei Anfragen erfüllen regelmäßig den Zweck der Selbstdarstellung gegenüber den eigenen Parteimitgliedern und zeigen, dass die Sitzungsgelder und Aufwandspauschalen die Teilnahme vor allem an der Kommunalpolitik für die **NPD** in Nordrhein-Westfalen attraktiv machen.

Im Berichtszeitraum war eine Klage der **NPD** Dortmund und der Partei **Die Rechte** in Dortmund auf Anerkennung einer gemeinsamen Gruppe im Rat der Stadt vor dem Oberverwaltungsgericht Münster anhängig. In Anbetracht der bisher gegenseitigen Anfeindungen der Parteien dürften finanzielle Motive für den überraschenden Schulterschluss ausschlaggebend sein.

Das Landgericht Mönchengladbach verurteilte den Mönchengladbacher **NPD**-Ratsherrn im Februar 2015 wegen des Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen in zweiter Instanz zu einer Geldstrafe, da dieser öffentlich seine Unterarm-Tätowierung mit der SS-Losung „Meine Ehre heißt Treue“ gezeigt hatte.

Feste und Liederabende der NPD

Die **NPD** in Nordrhein-Westfalen kann mit ihren Angeboten keine Personen außerhalb des eigenen Mitgliederpotenzials erreichen. Die vom Landesverband und einigen wenigen Kreisverbänden durchgeführten Grillabende, Sommer- und Sommersonnenwend- bzw. Wintersonnenwendfeste finden durchweg im eigenen Sympathisantenkreis – quasi unter Ausschluss der Öffentlichkeit – statt. Im Gegensatz zu anderen Landesverbänden organisiert die nordrhein-westfälische **NPD** auch keine Skinhead-Konzerte sondern allenfalls rechtsextremistische Lieder- oder Balladenabende. Ein größerer Personenkreis wird dabei in der Regel nicht angesprochen.

Parteitage

Auf dem ordentlichen Bundesparteitag am 21. und 22. November 2015 in Weinheim wurde der innerparteilich als schwach geltende Frank Franz als **NPD**-Bundesvorsitzender bestätigt. Er soll der Partei ein modernes Erscheinungsbild geben bei gleichzeitigem Festhalten an den rechtsextremistischen Inhalten.

Demos / Infostände

Im Gegensatz zur deutlich aktionsorientierteren Neonazi-Szene hat die **NPD** in Nordrhein-Westfalen kaum größere Demonstrationen durchgeführt. Eine Ausnahme bildet dabei die 1. Mai-Demonstration in Mönchengladbach, die im Vorfeld durch eine Kundgebungstour durch verschiedene nordrhein-westfälische Städte flankiert wurde und unter dem Motto *„Wir arbeiten, Fremde kassieren! Asylbetrug mach uns arm!“* stand. Die **NPD** schaffte es, lediglich 150 Anhänger zu mobilisieren, was jedoch eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr mit nur 100 Teilnehmern darstellte.

Damit zeigt sich abermals die Mobilisierungsschwäche der **NPD** in Nordrhein-Westfalen, die aus eigener Kraft ohne die Unterstützung der Neonazi-Szene keine große Demonstration mehr durchführen kann. Bei anderen örtlichen, durch die Kreisverbände organisierten, Kundgebungen waren durchweg Teilnehmerzahlen im niedrigen zweistelligen Bereich zu verzeichnen.

Angehörige der **NPD** beteiligten sich auch an Demonstrationen der Partei **Die Rechte**. Insbesondere an der Demonstration am 3. Oktober 2015 in Hamm nahm eine größere Gruppe der **Jungen Nationaldemokraten (JN)** teil. Dies ist auch vor dem Hintergrund der jahrelangen Inaktivität der JN in Nordrhein-Westfalen bemerkenswert. Tatsächliche Strukturen der **NPD**-Jugendorganisation in Nordrhein-Westfalen sind bislang jedoch kaum feststellbar.

Ein besonders enger Austausch findet zwischen dem **NPD**-Kreisverband Unna/Hamm und dem Landesverband **Die Rechte** statt. Begründet ist diese Verbundenheit noch aus Zeiten, als die Kameradschaft Hamm aktiv war und mit dem Kreisverband kooperierte.

Unterstützung von HoGeSa und Pegida durch die NPD

Auch im aktuellen Berichtszeitraum rief der Landesverband zur Teilnahme an der Demonstration der HoGeSa (Hooligans gegen Salafisten) am 25. Oktober 2015 in Köln auf. Beweggründe für Aufrufe dieser Art sind einerseits die eigene Mobilisierungsschwäche und andererseits der Versuch, die eigene Propaganda in breitere gesellschaftliche Schichten zu tragen. Der Landesvorsitzende erklärte hierzu, die **NPD** werde auch in Zukunft alle Bestrebungen unterstützen, die sich *„die Verteidigung der sozialen, kulturellen und ethnischen Frage auf die Fahnen geschrieben haben."*

So unterstützten Funktionäre der **NPD** die Gida-Veranstaltungen in Düsseldorf, Köln und Duisburg. Der Landesvorsitzende forderte generell, den Bürgerprotest von Pegida auch in Nordrhein-Westfalen zu fördern. An Veranstaltungen in Düsseldorf hätten demnach auch „starke Abordnungen von **NPD** und anderen nationalen Gruppen" teilgenommen beziehungsweise „etliche Aktivsten der sozialen Heimatpartei **NPD** den berechtigten Bürgerprotest" unterstützt.

Gelegentlich neigt die **NPD** in ihren diesbezüglichen Stellungnahmen und Posts allerdings auch zu Selbstüberschätzung. So betonte die nordrhein-westfälische **NPD** die eigene Präsenz bei der islamfeindlichen Kögida-Veranstaltung in Köln am 5. Januar 2015, indem sie verlautbaren ließ, dass ihr Landesvorsitzender „ein gefragter Interviewpartner der anwesenden Pressevertreter" gewesen sei.

Die aktive Teilnahme von Vertretern der **NPD** an der Pegida-Veranstaltung in Duisburg hat sich 2015 verstetigt. Wurden Angehörige der **NPD** anfangs bei den Kundgebungen lediglich toleriert, so intonierte bereits im Dezember 2015 ein Duisburger **NPD**-Ratsmitglied Weihnachtslieder auf der Pegida-Bühne. Bei einer Veranstaltung in Düsseldorf sprach unter anderem die stellvertretende Landesvorsitzende. Diese pflegte darüber hinaus enge Zusammenarbeit mit der Organisatorin der Düsseldorfer Gida-Veranstaltungen.

Verbotsverfahren

Anfang Dezember 2015 legte das Bundesverfassungsgericht den Termin für die mündliche Verhandlung im März 2016 fest. Die **NPD** hat ihre diesbezügliche Außenkommunikation in den Wochen vor der Verhandlung entsprechend auf dieses Thema fokussiert. Auch der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende wurde als Auskunftsperson geladen, war aber am dritten Verhandlungstag – so wie andere Auskunftspersonen der **NPD** – nicht anwesend.

Das Bundesverfassungsgericht stellte in der mündlichen Verhandlung unter anderem die formelle Zulässigkeit des Verbotsantrags fest. Die von der **NPD** entgegengehaltenen Verfahrenshindernisse sah das Gericht nicht. Zum Zeitpunkt der Drucklegung dieses Berichtes stand ein Urteil noch aus.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die anhaltende Führungskrise der **NPD**, der Verschleiß von drei Bundesparteivorsitzenden innerhalb weniger Jahre und der damit verbundene Richtungsstreit haben die Partei geschwächt. Hinzu kommt das schwebende Parteiverbotsverfahren, das Teile der Partei verunsichert hat. In dieser Situation schwankt die **NPD** zwischen zwei Positionen, die auch die beiden wichtigsten Strömungen innerhalb der Partei darstellen: Zum einen die „Modernisierer“ um den amtierenden Parteivorsitzenden Frank Franz, die sich stärker bürgerlich präsentieren wollen. Und zum anderen die „Traditionalisten“, die über gute und enge Kontakte zur Neonazi-Szene verfügen.

Im Berichtsjahr verzeichnete die **NPD** eine weitere Stagnation bei der Mitgliederentwicklung. Zudem bleibt die Zahl aktiver Kreisverbände gering. Selbst dort, wo sie über kommunale Mandate verfügt, sind eher geringe Aktivitäten zu verzeichnen.

Die **NPD** befindet sich weiterhin in der Krise. Stagnierende Mitgliederzahlen und die Konkurrenz im rechtsextremistischen Parteienlager setzen ihr weiterhin zu. Ohne die Bündnispartner aus der Neonazi-Szene ist die **NPD** weitgehend nicht mehr aktionsfähig.

Im Landesverband Nordrhein-Westfalen kommen auch strukturelle Probleme hinzu. Ganze Kreisverbände lösen sich auf oder existieren nur noch auf dem Papier. Hinzu kommt das ambivalente Verhältnis zur Neonazi-Szene, welches zwischen Kooperation und Konflikt schwankt. Dabei ist die **NPD** auf die Unterstützung der Neonazis gerade bei Wahlkämpfen zwingend angewiesen. Die Zersplitterung des rechtsextremistischen Parteienspektrums dürfte dazu beitragen, dass den Parteien die Teilhabe an der staatlichen Parteienfinanzierung erschwert wird, weil deshalb womöglich keine rechtsextremistische Partei die maßgeblichen Hürden bei den jeweiligen Wahlen überschreitet.

Weitere Informationen zum Hintergrund

www.mik.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: vs_npd